

Chef werden ist schwierig

Romanisch- und Italienischsprachige haben es auf der Verwaltung schwer. Vor allem in Kaderpositionen sind sie kaum vertreten. Das hat auch der Bund erkannt.

VON OLIVIER BERGER

Mit einem Postulat, das 2017 gegen den Willen des Bundesrates überwiesen wurde, hat die Bündner SP-Nationalrätin Silva Semadeni die aktuelle Erhebung zur Sprachenförderung in Graubünden (Ausgabe von gestern) erst möglich gemacht. Mit der Studie ist Semadeni zufrieden. «Es werden darin Punkte aufgegriffen, auf die ich auch immer verweise», sagt sie. Die betreffen einerseits die offenbar fehlende Strategie der romanischen Sprach- und Kulturorganisation Lia Rumantscha, aber auch die Haltung des Kantons zum Italienischen.

Die Resultate des sogenannten Evaluationsberichts des Zentrums für Demokratie Aarau sind auch in jene Kulturbotschaft eingeflossen, welche der Bundesrat am Mittwoch in die Vernehmlassung geschickt hat. «Für das Italienische im Kanton Graubünden besteht die grösste Herausforderung darin, zu einer gleichwertigen Amtssprache zu werden», schreibt der Bundesrat in der Botschaft und verweist ausdrücklich auf die Verwaltung und das Gesundheitswesen.

«Beim Kanton kein Thema»

«Der Evaluationsbericht hält fest, dass Italienischbündner in der kantonalen Verwaltung diskriminiert wird», sagt auch Semadeni. Im Alltag gebe es Bereiche, wo es an brauchbaren Übersetzungen für die italienischsprachige Bevölkerung fehle. «Das Kantonsspital Graubünden etwa hat eine Übersetzung direkt von Google übernommen», erklärt sie. «Das ist eine Verhöhnung der Italienischbündner Bevölkerung.» Wenig besser sehe es bei den Stellenbesetzungen in der Verwaltung aus. «Der Bund achtet auf eine angemessene Vertretung der Sprachgruppen in der Verwaltung, beim Kanton ist das aber kein Thema.»

Nicht nur Italienischbündner ist in der Verwaltung untervertreten (siehe Frontseite), sondern auch die Rumantscha. Besonders schwer haben es die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Minderheitensprachen, wenn es um Kaderpositionen geht. Das belegt eine Erhebung, welche die Italienischbündner Sprach- und Kulturorganisation Pro Grigioni Italiano (PGI) seit einigen Jahren regelmässig vornimmt. Demnach sind Italienisch- und Romanischsprachige in den höchsten vier Lohnklassen zusammen gerade einmal zu gut einem Prozent der gesamten Verwaltung vertreten.

Die aktuellsten Zahlen aus der umfangreichen Erhebung sind erst zehn Tage alt, wie PGI-Generalsekretär Giuseppe Falbo erklärt. «Besonders erschreckend ist, dass sich die Situation in den vergange-

nen Jahren kein bisschen gebessert hat.» Tatsächlich zeigt der langfristige Vergleich der PGI, dass die Zahl der italienischsprachigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der kantonalen Verwaltung im Vergleich zum Jahr 2011 sogar leicht abgenommen hat.

Erstaunlich an den Zahlen ist auch, dass die Vertretung der beiden Minderheitensprachen ausgerechnet im für die Sprachenförderung zuständigen Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement (Ekud) im Vergleich zu den anderen Departementen mit knapp neun Prozent eher bescheiden ausfällt. Am stärksten vertreten sind Italienisch- und Romanischsprachige im Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement (BVFD) - sie machen fast 30 Prozent aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus -, im Kader sind sie aber gleich schlecht vertreten wie überall sonst.

«Karriere ohne Sprachen»

Vor dem Hintergrund der schwachen Vertretung in der Verwaltung ist Falbo «erfreut darüber, dass der Bund auf dieses Problem verweist». Für ihn ist klar: «Der Kanton nimmt seine Verantwortung für die Dreisprachigkeit nicht wahr.» Die Sprachenförderung müsste laut dem Evaluationsbericht Chefsache sein. «Stattdessen wird das ganze Thema über zwei

Leistungsaufträge an Vereine am Martinsplatz und an der Oberen Plessurstrasse delegiert, nämlich an uns und die Lia Rumantscha.» Mit Blick auf die aktuellen Zahlen der kantonalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagt Falbo: «Zur passiven Rolle des Kantons passt, dass man in der Verwaltung nach wie vor eine Bilderbuchkarriere machen kann, ohne eine der beiden Minderheitensprachen zu beherrschen.»

«Man kann in der Verwaltung eine Bilderbuchkarriere machen, ohne eine der beiden Minderheitensprachen zu beherrschen.»

GIUSEPPE FALBO, GENERALSEKRETÄR PGI

Auch für die Lia Rumantscha ist die Untervertretung in der Verwaltung ein Thema, wie Generalsekretär Martin Gabriel bestätigt. Daneben liessen sich aus dem Evaluationsbericht aber noch andere Aufgaben für die Zukunft ablesen. «Beispielsweise müssen die Aufgaben entflochten werden, welche der Kanton und die Lia Rumantscha wahrnehmen.» Just diese Entflechtung sei auch Teil jener

neuen Strategie, an welcher die Lia Rumantscha bereits geraume Zeit arbeite. «Wir haben die Arbeiten bloss auf Eis gelegt, weil wir wussten, dass der Evaluationsbericht erscheint», sagt Gabriel.

Einzelne Kritikpunkte aus dem Bericht sei die Lia Rumantscha schon von sich aus angegangen. «Wir haben beispielsweise die Stellen in Chur reduziert und in den Regionen ausgebaut.» Dadurch, so Gabriel, sei die Organisation näher bei den Menschen - wie dies von den Betroffenen gewünscht werde.

«Eine permanente Aufgabe»

Laut Regierungspräsident Jon Domenic Parolini wird die Regierung den Evaluationsbericht «genau anschauen und die notwendigen Schlüsse daraus ziehen». Zur Untervertretung der Minderheitensprachen in der Verwaltung sagt der Vorsteher des Ekud: «Wir müssen wirklich schauen, dass wir eine angemessene Vertretung aller Kantonssprachen erreichen.» Dies sei für den Kanton eine permanente Aufgabe. «Ich denke, die Verwaltung ist sensibilisiert für das Thema.» Das gelte auch für ihn persönlich. «Ich frage immer nach den Kenntnissen der Kantonssprachen, wenn es um Neuanstellungen geht.» Klar sei aber, dass natürlich auch die übrigen Qualifikationen stimmen müssten.



Bedingt dreisprachig: Die Beschriftungen des Kantons widerspiegeln die Wirklichkeit nicht immer.

Bild Philipp Baer

MEDIEN

Stabübergabe beim «Bündner Tagblatt»

Pesche Lebrument übernimmt heute die Leitung der ältesten Bündner Zeitung.

CHUR Luzi Bürkli hat gestern seine Arbeit als Chefredaktor des «Bündner Tagblatts» beendet. An seiner Stelle übernimmt heute



Pesche Lebrument (Bild) die Chefredaktion der ältesten Bündner Tageszeitung. Der 45-Jährige tritt seine neue Stelle mit einem gut gefüllten Rucksack an Erfahrungen im Journalismus an. Nach seiner Ausbildung zum Primarlehrer absolvierte er in Domat/Ems aufgewachsene Lebrument das Medienbildungszentrum (MAZ) in Luzern. Inzwischen arbeitet er seit 20 Jahren als Journalist. 14 Jahre lang hatte Lebrument TV Südostschweiz geleitet, bevor er in die Sendeentwicklung wechselte und als Autor tätig wurde.

«Zuerst hineinwachsen»

Nun folgt für Lebrument mit dem Wechsel zum «Bündner Tagblatt» eine neue Herausforderung. «Ich freue mich, nach vielen Jahren Fernsehmachen jetzt auch das Handwerk des Zeitungsmachens genauer kennenlernen zu dürfen», sagte er gestern. Auf den Geschmack brachte ihn nicht zuletzt seine wöchentliche Kolumne «Lebenszeichen» in der «Schweiz am Wochenende». «Dieses Gefäss habe ich jeweils mit viel Herzblut und Freude gefüllt», so Lebrument. Mit dem Wechsel zum BT muss er die Kolumne aufgeben, was er sehr bedauere.

Seit geraumer Zeit verantwortet Lebrument zudem die Talksendung «Südostschweiz Standpunkte», die auch im Schweizer Fernsehen zu sehen ist. Dieses Format wird er weiterhin betreuen und moderieren.

Zurückhaltend äussert sich Lebrument zu seinen Ideen, mit denen er im BT neue Farbtupfer setzen möchte: «Da muss ich zuerst hineinwachsen.» Danach werde sich zeigen, wo er zusammen mit dem Team neue Inputs geben könne. Fortgeführt wird die Sendung «BT in der Beiz» auf TV Südostschweiz, die bisher von Bürkli organisiert und moderiert wurde - neu lädt Debora Erica Clara Zeier Bündner Persönlichkeiten zum Gespräch.

Bürkli seinerseits tritt mit heutigem Datum eine neue Stelle an. Er ist ab sofort für die Leitung der Unternehmenskommunikation von Graubünden Ferien verantwortlich. (HAPE)

Grosser Klimamarsch gegen WEF geplant

Nach den flauen Protesten der vergangenen Jahre soll der Widerstand gegen das World Economic Forum 2020 neu entfacht werden.

VON BÉLA ZIER

Der Auftritt der jungen schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg am zurückliegenden World Economic Forum (WEF) in Davos ging medial um die Welt. In vielen Ländern haben sich seither Klimabewegungen formiert, deren Proteste nicht abreißen. Diese lautstarken Stimmen sollen jetzt auch ans WEF 2020 getragen werden.

«Motiviert von den weltweiten massenhaften Demonstrationen für Klimagerechtigkeit wollen wir den Schwung ins nächste Jahr mitnehmen und den Protest nach Davos tragen, wo sich im Januar 2020 wieder diejenigen treffen, die für den Klimawandel verantwortlich sind.» Dies ist die Einleitung in einem Mobilisierungsauftrag, der derzeit von Klimaorganisationen über Social-Media-Kanäle verbreitet wird. Dahinter steht als Urheber der Berner Verein Tour de Lor-

raine. Dieser Verbund entstand vor Jahren aus den Protesten und Diskussionen um das WEF, ihm gehört unter anderem die Berner Sektion der globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisation Attac an.

Aufruf zu «Demo-Wanderung»

Aufgerufen wird zur Teilnahme an einer «massenhaften dreitägigen Demo-Wanderung» von Landquart nach Davos. Diese soll am 19. Januar 2020 starten und in Etappen über Schiers und Klosters nach Davos führen, wo man am 21. Januar zur Eröffnung des 50. WEF eintreffen will. «Wir sind überzeugt, dass der Zeitpunkt richtig ist, den Widerstand gegen das WEF wieder massenhaft aufzunehmen», hält der Verein Tour de Lorraine dazu auf seiner Website fest.

«Es gab ein Treffen verschiedener Klimagruppen, bei dem man sich Strategien und mögliche Aktionen überlegt



Die Mobilisierung läuft: So wird der Klimamarsch beworben. Pressebild

hat», sagt David Böhner zur vorgesehenen Wander-Aktion mit dem Titel «World Economic Failure - Uprising against Davos». Der 51-Jährige ist Mitglied/Sprecher des Vereins und ein bekannter WEF-Gegner. So vertrat Böhner die Anti-WTO-Koordination, welche um die Jahrtausendwende in Davos Grossdemonstrationen gegen das WEF organisierte.

Noch kein Gesuch eingereicht

Derzeit formiere sich ein Komitee, welches die Aktionen konkret plane, aber man stehe mit der Organisation noch ganz am Anfang, erklärt Böhner. Mit der «Demo-Wanderung» wolle man jene Menschen ansprechen, die durch das Aufkommen der Klimabewegung politisiert und aktiviert worden seien. «Es sind jene Leute, welche die Ursachen für die laufende Klimakatastrophe kennen, die in erster Linie bei den grossen Konzernen zu suchen ist, die am WEF teilnehmen»,

so Böhner. Der Bündner Kantonsbehörde oder der Gemeinde Davos habe man noch kein Gesuch für die Protestaktion eingereicht, aber man gehe jetzt vorderhand davon aus, dass es dafür keine Bewilligung benötige, denn «wir planen eine Wanderung und keine Demonstration im engeren Sinn». Sollte es dennoch eine amtliche Erlaubnis dafür brauchen, sei er davon überzeugt, dass man zu einer Einigung mit den Behördenvertretern kommen werde, meint Böhner.

Abschlussaktion in Davos?

Noch nicht beantworten kann Böhner zum jetzigen Zeitpunkt Fragen zur genauen Route oder der erwarteten Teilnehmerzahl. Ebenfalls noch unklar sei momentan, was man bei der Ankunft am Eröffnungstag des WEF in Davos selbst plant. «Wir werden auf jeden Fall international mobilisieren, die Idee ist kein Jux», versichert Böhner.